

Antrag

der Abgeordneten Dr. Jens Brandenburg (Rhein-Neckar), Katja Suding, Mario Brandenburg (Südpfalz), Britta Katharina Dassler, Peter Heidt, Dr. h. c. Thomas Sattelberger, Grigorios Aggelidis, Renata Alt, Jens Beeck, Dr. Marco Buschmann, Carl-Julius Cronenberg, Dr. Marcus Faber, Otto Fricke, Thomas Hacker, Katrin Helling-Plahr, Markus Herbrand, Torsten Herbst, Katja Hessel, Reinhard Houben, Ulla Ihnen, Olaf in der Beek, Dr. Marcel Klinge, Daniela Kluckert, Pascal Kober, Carina Konrad, Konstantin Kuhle, Ulrich Lechte, Till Mansmann, Alexander Müller, Roman Müller-Böhm, Bernd Reuther, Matthias Seestern-Pauly, Frank Sitta, Judith Skudelny, Dr. Hermann Otto Solms, Bettina Stark-Watzinger, Dr. Marie-Agnes Strack-Zimmermann, Benjamin Strasser, Michael Theurer, Stephan Thomae, Dr. Florian Toncar, Dr. Andrew Ullmann, Johannes Vogel (Olpe), Sandra Weeser, Nicole Westig und der Fraktion der FDP

Europäische Bildungsmobilität stärken – Erasmus ausbauen und Großbritannien als Programmland halten

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Das Erasmus-Programm ist ein wichtiger Faktor für erfolgreiche europäische Verständigung und grenzüberschreitende wissenschaftliche Erkenntnis in der Europäischen Union (EU). Kein anderes Förderprogramm ermöglicht so vielen jungen Menschen europäische Auslandserfahrungen im Rahmen von Studienaufenthalten, Ausbildungsabschnitten und Praktika. Im von 2014 bis Ende 2020 laufenden Programm „Erasmus+“ nahmen bereits in der ersten Hälfte der Programmlaufzeit rund 1,8 Mio. Personen an Mobilitätsmaßnahmen teil (vgl. <https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/HTML/?uri=CELEX:52018DC0050&from=FR>). Über die siebenjährige Programmlaufzeit fließen rund 14,7 Mrd. Euro in die Maßnahmen des Programms Erasmus+ (vgl. https://ec.europa.eu/programmes/erasmus-plus/sites/erasmusplus2/files/gen-erasmusplus-factsheet_2020_en.pdf). Erasmus+ ist ein Erfolgsprogramm. Das Nachfolgeprogramm muss diese Erfolgsgeschichte fortsetzen und noch mehr jungen Schülerinnen und Schülern, Auszubildenden und Studierenden paneuropäische Mobilität ermöglichen. Auslandserfahrung darf für junge Menschen nicht am Geldbeutel scheitern. Das Nachfolgeprogramm von Erasmus+ sollte noch stärker darauf abzielen, Jugendlichen aus allen Regionen und jeder sozialen Herkunft europäische Mobilität zu ermöglichen. Dafür muss das Budget für Erasmus-Aktivitäten deutlich ausgeweitet

werden. Die Bundesregierung sollte sich daher im Europäischen Rat für die vom Europäischen Parlament vorgeschlagene Verdreifachung der Erasmus-Mittel ab 2021 auf rund 41 Mrd. Euro einsetzen (vgl. www.europarl.europa.eu/doceo/document/TA-8-2018-0449_DE.pdf).

Darüber hinaus muss die Bundesregierung dafür sorgen, dass in Deutschland insbesondere die bisher in Erasmus+ unterrepräsentierte Gruppe der jungen Menschen in beruflicher Aus- und Weiterbildung die Möglichkeit auf wertvolle internationale Erfahrungen erhält. Die Nationale Agentur für Europa beim Bundesinstitut für Berufsbildung sollte die Bundesregierung daher zu einer leistungsstarken Austauschagentur analog zum Deutschen Akademischen Austauschdienst (DAAD) ausbauen. Eine solche Austauschagentur für die berufliche Bildung soll neben Auszubildenden auch berufsbildende Schulen, Betriebe und Kammern aktiv bei der Planung und Durchführung von Auslandsmobilität von Menschen in der beruflichen Bildung beraten und diese bei der Vorbereitung, Antragstellung, Vermittlung von Partnerunternehmen unterstützen und während der Auslandsphase als Ansprechpartner begleiten.

Europäisches Lernen muss vielfältig gedacht werden. Die Digitalisierung eröffnet enorme Chancen, um insbesondere mobilitätseingeschränkten Menschen interkulturelle Erfahrungen zu ermöglichen. Die Bundesregierung sollte sich daher dafür einsetzen, dass aus den Mitteln des Nachfolgeprogramms von Erasmus+ Möglichkeiten des digitalen Austauschs für Lernende in Europa ausgebaut und vereinfacht werden. So könnten die Europäischen Hochschulen um eine European Digital University (EDU) erweitert werden. Dieses digitale Netzwerk europäischer Hochschulen soll allen Europäern einen direkten Zugang zur besten Lehre ermöglichen – unabhängig vom Wohnort, von finanziellen Möglichkeiten oder eingeschränkter Mobilität. Der Kurs der Physik-Professorin aus Madrid und der Philosophie-Kurs aus Paris auf dem eigenen Tablet können bald schon für jeden greifbar sein. Die Bundesregierung sollte die Einrichtung einer europaweiten Plattform für digitale Hochschulbildung im Europäischen Rat aktiv vorantreiben.

Großbritannien gehört weiterhin zu Europa. Unabhängig vom vollzogenen Austritt des Vereinigten Königreichs aus der Europäischen Union darf der kulturelle und wissenschaftliche Austausch zwischen dem Vereinigten Königreich und der EU nicht zum Erliegen kommen. Für die Zeit ab 2021 muss schnellstmöglich sichergestellt werden, dass der grenzüberschreitende Schüler/innen-, Auszubildenden- und Studierendenaustausch zwischen den am Erasmus-Programm teilnehmenden Ländern und Großbritannien weiterhin ohne Einschränkungen und mit voller finanzieller Förderung durch das Erasmus-Programm möglich bleibt. Die Bundesregierung sollte sich daher im Europäischen Rat mit dem Vereinigten Königreich dafür einsetzen, dass Großbritannien ab 2021 im Nachfolgeprogramm von Erasmus+ Programmland bleibt und damit die Regularien zur Förderung europäischen Jugendaustauschs in vollem Umfang zur Anwendung kommen. Darüber hinaus sollte die Bundesregierung in bilateralen Gesprächen und im Europäischen Rat dafür Sorge tragen, dass Visa- und Einreisebestimmungen von der Europäischen Union nach Großbritannien sowie hohe Studiengebühren die Mobilitätsmaßnahmen des Erasmus-Programms nicht behindern. Darüber hinaus sollte sich die Bundesregierung auch dafür einsetzen, der Schweiz eine Rückkehr in das Nachfolgeprogramm von Erasmus+ zu ermöglichen.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

1. sich im Europäischen Rat dafür einzusetzen, dass
 - a. die Mittel für das Nachfolgeprogramm von Erasmus+ ab 2021 deutlich ausgeweitet werden. Dabei soll die Bundesregierung im Rahmen der Verhandlungen zum Mehrjährigen Finanzrahmen der Europäischen Union (MFR)

- eine Verdreifachung des Budgets für das Nachfolgeprogramm von Erasmus+ im Vergleich zum aktuellen Budget anstreben und den entsprechenden Vorschlag des Europäischen Parlaments unterstützen;
- b. innerhalb des Nachfolgeprogramms von Erasmus+ ab 2021 im Rahmen des Projekts Europäische Hochschulen ein Teil der Mittel für den Aufbau eines europäischen Netzwerks für Hochschulbildung eingesetzt und so Studierenden unabhängig vom Wohnort, von finanziellen Möglichkeiten oder eingeschränkter Mobilität die Teilnahme an europäischer Hochschullehre ermöglicht wird;
 - c. Großbritannien im Nachfolgeprogramm von Erasmus+ ab 2021 vollwertiges Programmland bleibt und der Austausch von Schülerinnen und Schülern, Auszubildenden und Studierenden zwischen Großbritannien und der Europäischen Union auch weiterhin ohne Einschränkungen und durch eine Förderung aus Mitteln des Nachfolgeprogramms von Erasmus+ möglich bleibt;
 - d. der Schweiz eine Rückkehr in das Nachfolgeprogramm von Erasmus+ als Programmland ermöglicht wird;
2. die Strukturen zur Nutzung von Mitteln aus dem Programm Erasmus+ sowie dem Nachfolgeprogramm ab 2021 für den europäischen Austausch in der beruflichen Bildung zu stärken. Dafür sollte die Bundesregierung:
- a. bei Auszubildenden, Betrieben und Berufsschulen für eine stärkere Nutzung der Mittel werben und die Antragsverfahren deutlich vereinfachen. Die Teilnahme soll auch bis zu fünf Jahre nach Abschluss der Ausbildung möglich sein.
 - b. den Ausbau der Nationalen Agentur für Europa beim Bundesinstitut für Berufsbildung zu einer leistungsstarken Austauschagentur für die berufliche Bildung – analog zum DAAD im Hochschulbereich – vorantreiben. Sie soll Auszubildende, berufsbildende Schulen, Betriebe und Kammern aktiv beraten und bei der Vorbereitung, Durchführung, Antragstellung und Vermittlung von Partnerunternehmen unterstützen.

Berlin, den 3. März 2020

Christian Lindner und Fraktion

